

INHALT

1. Rot/Grün/Blau lehnt Maßnahmen zur Beschleunigung der A20-Planung im Landtag ab
2. Koalitionsfraktionen halbieren Mittel aus Glücksspielabgabe für Landesfeuerwehrverband und Friesenstiftung
3. Landtag wählt neue Präsidentin des Landesrechnungshofes
4. CDU fordert mehr Mittel für die politische Jugendarbeit
5. Interfraktioneller Antrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung
6. Koalitionsfraktionen nehmen Kritik der CDU auf
7. CDU-Fraktion will bessere Bedingungen für Freie Berufe in Schleswig-Holstein
8. Debatte über Kastrationspflicht für Katzen

20.11.2013

Rot/Grün/Blau lehnt Maßnahmen zur Beschleunigung der A20-Planung im Landtag ab
Grüne setzen sich regierungsintern durch



CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, MdB

Die Regierungsfraktionen haben in der heutigen Landtagssitzung Anträge der CDU zur Beschleunigung der A20-Planung als Konsequenz des Bundesverwaltungsgerichtsurteils abgelehnt. Insbesondere die Grünen beriefen sich auf den Koalitionsvertrag, nach dem in dieser Legislaturperiode lediglich bis zur A7 gebaut werden soll.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen stellte klar, dass dieser Koalitionsvertrag in Verbindung mit dem Urteil bedeutet, dass überhaupt nicht gebaut wird. „Die Grünen dürfen nicht länger als Bremser im Führerhaus stehen. Wenn die Lippenbekenntnisse des Ministerpräsidenten zur A20 auch nur einen Hauch von Wert haben, dann muss er sich in der Koalition klar dafür einsetzen, dass die A20 weiter gebaut wird“, so Callsen.

Die CDU-Fraktion hatte gefordert, die Planung aller Teilabschnitte - auch westlich der A7 inklusive westlicher Elbquerung – zu beschleunigen und unverzüglich Baurecht zu schaffen. Dabei ging es unter anderem um zusätzliches Personal für die Planfeststellungsbehörde.

Die Regierungsfractionen beschlossen stattdessen mit Unterstützung der Piraten, dass aufgrund der zurzeit möglichen Investitionen ein Weiterbau der A 20 westlich der A 7 in dieser Legislaturperiode nicht realistisch und ausgeschlossen ist. Die laufenden Planfeststellungsverfahren sollen genutzt werden, um die Neubewertung der prognostizierten Verkehrsströme sowie der ökologischen und finanziellen Folgewirkungen vorzunehmen.

Zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1236.pdf>

Zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1306.pdf>

Nachstehend der Link zum Beschluss der Regierungsfraction.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1293.pdf>

Koalitionsfraktionen halbieren Mittel aus Glücksspielabgabe für Landesfeuerwehrverband und Friesen CDU-Fraktion kündigt Antrag für volle Förderung an



Petra Nicolaisen, MdL

Jahrelang haben SSW, Grüne und vor allem die SPD mit Ralf Stegner an der Spitze gegen das von CDU und FDP beschlossene Glücksspielgesetz gewettert. Insbesondere Stegner zweifelte immer wieder an, dass die Glücksspielanbieter überhaupt Steuern und Abgaben zahlen würden. Nun fließen die ersten Abgaben. Mittlerweile ist klar, dass die von Finanzministerin Monika Heinold für den Landeshaushalt mit einer Million Euro veranschlagten Einnahmen aus der Abgabe weit übertroffen werden. Sie dürften etwa sechsmal so hoch sein. Da der Anteil der aus dieser Abgabe geförderten gesellschaftlichen Einrichtungen – wie z.B. dem Landessportverband, der Suchthilfe und dem Landesfeuerwehrverband – prozentual festgelegt wurde, wächst er entsprechend.

Mit einem heute eingebrachten Gesetz wollen die Regierungsfractionen die Mittel für den Landesfeuerwehrverband und die Friesenstiftung faktisch halbieren. Denn für die Abrechnung der Förderung des Landesfeuerwehrverbandes und zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung verwendeten Kapitals sollen nun 6/12 des Gesamtjahresaufkommens zugrunde gelegt werden. Die Regierungsfractionen begründeten dies mit der Notwendigkeit einer „Präzisierung“ des Gesetzes.

Für CDU-Rednerin Petra Nicolaisen ist das eine Ausrede: „Gerade die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes hat Ihnen von Anfang nicht in den Kram gepasst. Sie haben das Gesetzgebungsverfahren verzögert. Sie haben dem damaligen Entwurf alle Steine in den Weg gelegt, die sie finden konnten. Und Sie haben ihm erst zugestimmt, als es für Sie keinen Ausweg mehr gab. Und jetzt stellen Sie fest: Es gibt mehr Geld, als Sie sich das gedacht haben“, so die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Sie kündigte einen Änderungsantrag mit dem Ziel an, dem Landesfeuerwehrverband und der Friesenstiftung 12/12 der Mittel aus den Glücksspielabgaben zu Verfügung zu stellen.

Hier der Link zur „Präzisierung“ des Gesetzes durch SPD, Grüne und SSW:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1300.pdf>

Landtag wählt neue Präsidentin des Landesrechnungshofes Dr. Gaby Schäfer zum Antrittsbesuch in der CDU-Landtagsfraktion



Dr. Gaby Schäfer zu Gast in der CDU-Fraktion

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wählte heute (20. November 2013) Dr. Gaby Schäfer mit breiter Mehrheit zur neuen Präsidentin des Landesrechnungshofes. Die 53-jährige promovierte Juristin war bisher Leiterin der Prüfungsabteilung im Landesrechnungshof und folgt auf den im April pensionierten Dr. Aloys Altmann. Mit der Wahl des CDU-Mitgliedes Schäfer folgte der Landtag der bewährten Praxis, dass der Präsident oder die Präsidentin des Rechnungshofes keiner der regierungstragenden Parteien angehört.

„Frau Dr. Schäfer ist eine hochqualifizierte Frau, die aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Senat des Landesrechnungshofes herausgehobene Kompetenzen und die nötige Erfahrung für dieses Amt mitbringt“, gratulierte Johannes Callsen im Namen der CDU-Fraktion.

Wenige Stunden vor ihrer Vereidigung war Dr. Gaby Schäfer einer Einladung der CDU-Fraktion gefolgt und hatte sich den Abgeordneten persönlich vorgestellt. Sie sei eine echte Schleswig-Holsteinerin und freue sich auf Ihre neue Aufgabe, „um unser schönes Schleswig-Holstein auf gesunde finanzielle Füße zu stellen“, erklärte sie vor den CDU-Abgeordneten.

„Wir sind der Überzeugung, dass Frau Dr. Schäfer als Präsidentin dafür Sorge tragen wird, dass der Landesrechnungshof seine wichtige Kontrollfunktion weiterhin kraftvoll wahrnimmt“, so CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

CDU fordert mehr Mittel für die politische Jugendarbeit **Landtag diskutiert über CDU-Antrag**



Hans Hinrich Neve, MdL

Die politische Jugendbildung stand heute (20. November 2013) auf Antrag der CDU-Fraktion auf der Tagesordnung im Landtag. Hans Hinrich Neve betonte in der Debatte die dringende Notwendigkeit, Konsequenzen aus der Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen zu ziehen. Er kritisierte, dass dieser Punkt im vorgestellten Bericht der Landesregierung zu kurz gekommen sei. Die Regierungskoalition habe vor den Kommunalwahlen das Wahlalter gesenkt, aber nicht dafür gesorgt, dass die jungen Wählerinnen und Wähler für diese demokratische Aufgabe auch ausreichend vorbereitet seien. Diese Rückmeldung habe Neve von vielen jungen Menschen erhalten, sagte er in der Debatte.

Die CDU-Fraktion habe daher diesem Umstand Rechnung getragen und einen Antrag in den Landtag eingebracht. Dieser sieht vor, die Förderung des Verbandes politischer Jugend Schleswig-Holstein e.V. (VPJ) bereits ab dem kommenden Jahr zu erhöhen. Der Antrag, der ferner eine Weiterentwicklung der politischen Jugendarbeit und eine Verbesserung der Schulcurricula bei den Themen „Demokratie und politische Teilhabe“ beinhaltet, wurde in die Fachausschüsse verwiesen. Das Ergebnis der sich anschließenden Beratungen bleibt abzuwarten. GRÜNE und FDP lehnten eine Erhöhung der sogenannten VPJ-Mittel in der Landtagsdebatte ab; die SPD hingegen zeigte sich offen.

Zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1281.pdf>

Zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1214.pdf>

Interfraktioneller Antrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung Ein überparteilicher Ansatz ist notwendig



Dr. Axel Bernstein, MdL

Mit einem gemeinsamen interfraktionellen Antrag sprachen sich heute (20. November 2013) alle Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags für eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive aus.

In zahlreichen Landtagen Deutschlands, in Bundesministerien, Unternehmen und Organisationen hätten in den vergangenen Jahren eine breite Debatte über die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung personeller und auch struktureller Kontinuitäten aus der NS-Zeit eingesetzt. „Da ist es richtig und angebracht, dass auch der Schleswig-Holsteinische Landtag dieses Thema seiner Parlamentsgeschichte wissenschaftlich fundiert und parteipolitisch neutral aufarbeiten lässt“, begründete Dr. Axel Bernstein für die CDU-Fraktion die Unterstützung des Antrags.

Bernstein stellte dabei die dringend gebotene parteipolitische Unabhängigkeit einer solchen Aufarbeitung in den Vordergrund. Es gehe dabei nicht um eine persönliche Verurteilung oder politische Bloßstellung, sondern um Erkenntnisgewinn.

„Wir sollten als Auftraggeber dieser Aufarbeitung das größte Interesse daran haben, dass die zu erstellende Studie einen wertvollen Beitrag nicht nur zur Geschichtswissenschaft, sondern auch zur politischen Bildung im Lande leisten kann. Ich wünsche unserer Studie nach dem gelungenen parlamentarischen Auftakt einen guten Fortgang in Erstellung und Rezeption! Das dient dem Ansehen dieses Parlamentes und ist auch gegenüber allen angemessen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben und/oder eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel unserer Geschichte zu Recht erwarten dürfen“, so Bernstein abschließend.

Link zum interfraktionellen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1144.pdf>

Koalitionsfraktionen nehmen Kritik der CDU auf Zielvorgabe von zwölf Prozent Waldanteil bei der Landesfläche soll beibehalten werden

Die Zukunft des schleswig-holsteinischen Waldes beschäftigte heute (20. November 2013) den Landtag. Umwelt- und Forstminister Robert Habeck hatte auf einer Veranstaltung der

Waldbesitzer im vergangenen Monat bekannt gegeben, die Zielvorgabe von zwölf Prozent Waldanteil aus dem Landesentwicklungsplan streichen zu wollen. Die CDU-Fraktion im Landtag hatte das scharf kritisiert.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher Heiner Rickers wies in seinem Debattenbeitrag darauf hin, dass die derzeitige Situation zwar nicht zufrieden stellen könne. Dies dürfe jedoch kein Grund sein, die Vorgabe gleich gänzlich zu streichen.

Im Verlauf der Debatte begrüßte Rickers, dass insbesondere auch die Regierungsfraktionen die bestehende Zielvorgabe aufrecht erhalten wollen. Dem vorliegenden Antrag der Regierungsfraktionen zur Erhöhung des Naturwaldanteiles könne die CDU-Fraktion allerdings nicht vorbehaltlos zustimmen. „So weit Privatwaldflächen betroffen sind, werden Nutzungsaufgaben und -beschränkungen, die einer schleichenden Enteignung gleichkommen, abgelehnt. Diese Maßnahmen könnten nur bei einem entsprechenden Ausgleich akzeptiert werden.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1299.pdf>



Heiner Rickers, MdL

CDU-Fraktion will bessere Bedingungen für Freie Berufe in Schleswig-Holstein Parlamentsdebatte über Große Anfrage

In der heutigen Landtagssitzung wurde über die Ergebnisse einer Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion zur Lage der Freien Berufe in Schleswig-Holstein debattiert.

CDU-Redner Hartmut Hamerich bezeichnete es als Alarmzeichen, dass die Anzahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen in den Freien Berufen in Schleswig-Holstein sinkt. Denn selbst in den Krisenjahren, also 2008 und 2009, sei kein Einbruch zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen sei in Schleswig-Holstein zwischen 2008 und 2012 um 19 Prozent auf 41.000 gestiegen. 85.000 Mitarbeiter würden sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 4.500 Auszubildende

„Damit leisten die Freien Berufe einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften, aber auch zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit“, so Hamerich. Die Angehörigen der Freien Berufe seien auch über diese Erfolgszahlen hinaus von großer gesellschaftlicher Bedeutung. „Sie sind, wie der Name schon sagt, frei und stehen für Selbstständigkeit, für Eigenverantwortung und für Kreativität“, betonte der CDU-Abgeordnete.

Hamerich betonte, die von der neuen Landesregierung beschlossene Tariftreue- und Vergabegesetze, das Mindestlohngesetz und Antikorruptionsregister gefährdeten auch die Freien Berufe. „Ich fürchte, dass für viele Freiberufler unter diesen Bedingungen die Teilnahme an Vergabeverfahren durch das Tariftreue- und Vergabegesetz deutlich aufwendiger und ob des Bürokratieaufwandes auch unsicherer wird“, so der CDU-Abgeordnete. Wir müssen alles daran setzen, die Bedingungen für die Sicherung der Fachkräfte zu verbessern. Dazu gehört auch, dass wir das Potential aus dem Bereich der Beschäftigung von Frauen, Migranten und älteren Arbeitnehmern voll ausschöpfen. Das gilt genauso für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in der Ansiedlungspolitik.“

Link zu den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1102.pdf>



Hartmut Hamerich, MdL

Debatte über Kastrationspflicht für Katzen

CDU-Fraktion lehnt dauerhafte Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab



Hauke Götsch, MdL

Mit einem Antrag wollte die Fraktion der Piraten heute Haushaltstitel in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr für die Kastration von Katzen einrichten. Damit sollten auch „finanziell schwache Halter“ unterstützt werden.

Der zuständige Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hauke Göttsch, sprach sich zwar für die Einführung einer Kastrationspflicht von neu angeschafften Katzen aus. An allererster Stelle komme jedoch die Eigenverantwortung der Katzenbesitzer zum Tragen.

„Es ist nicht Aufgabe der Gesellschaft, für die Kastration von Katzen dauerhaft Steuergelder bereit zu stellen. Angesichts der Zehntausende wild lebenden Katzen brauchen wir allerdings eine zeitlich begrenzte staatliche Finanzierung“, betonte Göttsch.

In Schleswig-Holstein gebe es etwa 75.000 wild lebende Katzen. Diese erbeuteten täglich eine große Zahl heimischer Singvögel und Kleinsäugetiere.

Durch unkontrollierte Vermehrung dieser Katzen, die keine natürlichen Feinde haben, werde sich das Problem innerhalb weniger Jahre potenzieren.

Der CDU-Abgeordnete sagte in seiner Rede, dieses Thema wäre besser im zuständigen Ausschuss behandelt worden. Auch wenn es sich ohne Frage um ein „einschneidendes Ereignis“ für die Katzen handelt, ist das kein Thema für eine Landtagssitzung“, so Göttsch.

Zum Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1289.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de